Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblatte ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 25, für die 50 mm breite Petit-Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig, bezw. Berechnung nach Grund- und Schlüsselzahlentif.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 73.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Finanzämter in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Zwickau, Crimmitschau, Crimmitzschau, Crimmitzschau, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 140, Schneeberg 10, Schwarzenberg 378. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Ohne Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückg. unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Teil Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 277. Freitag, den 30. November 1923. 76. Jahrg.

Die Firma **Ernst Gebner A.-G. in Aue** hat die an der Schäferwiese gelegene Muldenwasserkraft neu ausgebaut. Der Betriebsgraben ist geregelt, vertieft und stellenweise verbreitert, die Einlaufschwelle um 0.36 m gesenkt worden. Das rechte Ufer am Betriebsgraben wurde erhöht und mit dem linken durch eine Eisenbetonbrücke verbunden. Der Einlauf hat einen neuen Schützen mit Hochwasserschutz und Bedienungssteg erhalten. In der geregelten Turbinenkammer wurden 2 Turbinen aufgestellt, von denen die größere bei 2.0 m Gefälle und 4900 sl Schluckfähigkeit 103 PS, die kleinere bei 2.0 m Gefälle und 3300 sl Schluckfähigkeit 70.5 PS leistet. Mit der gewonnenen Kraft wird elektrische Energie erzeugt und durch Kabel der Gebnerschen Textilmaschinenfabrik an der Wettinstraße zugeführt. (§ 16 der Reichsgewerbeordnung), §§ 23 (insbesondere Ziffer 3), 33 des Wassergesetzes.

Die Unterlagen liegen bei den unterzeichneten Behörden zur Einsichtnahme aus.

Etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigte besondere Benutzung und Anlage sind binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg oder dem Stadtrat in Aue anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.

Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg und der Stadtrat zu Aue, am 28. Nov. 1923.

Die **Schornsteinfegerkehrlöhne** betragen ab 26. November 1923 das 140 Milliardenfache der Grundgebühren.

Amtshauptmannschaft und Stadtrat Schwarzenberg. am 28. November 1923.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen die Gutsbesitzersehefrau Rosa Müller geb. Poller in Rittersgrün wegen Milchverfälschung hat das Schöffengericht Schwarzenberg am 8. November 1923 für Recht erkannt:

Die Angeklagte **Hulda Rosa Müller** wird wegen Milchverfälschung zu einer

Gefängnisstrafe von drei Tagen

und einer

Geldstrafe von einer Billion Mark

und für den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, zu einer weiteren Gefängnisstrafe von zehn Tagen verurteilt.

Sie hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. St. B. 254/23.

Der verfügende Teil des Urteils ist auf Kosten der Verurteilten im Erzgebirgischen Volksfreund einmal zu veröffentlichen.

Amtsgericht Schwarzenberg, am 17. November 1923.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen die Wirtschafterin **Mathilde Frieda verw. Seltmann** geb. Kaulmann in Rittersgrün wegen Milchfälschung hat das Amtsgericht Schwarzenberg am 18. August 1923 durch Strafbefehl für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen Nahrungsmittelfälschung zu

3 Tagen Gefängnis und 2 Milliarden M. Geldstrafe

oder weiteren 20 Tagen Gefängnis bestraft. Sie hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Die Verurteilung ist auf ihre Kosten in dem Amtsblatte zu veröffentlichen. St. B. 253/23.

Amtsgericht Schwarzenberg, am 27. November 1923.

Wertbeständiges Notgeld.

Bestellungen auf wertbeständiges **Handelskammergeld** nehmen wir bis **Sonnabend, vorm. 10 Uhr**, entgegen.

Stadtgirokasse Aue.

Brandkasse Aue. Am 1. Dezember 1923 kommt ein Zwischentermin nach ½ Goldpfennig für jede Beitragseinheit zur Erhebung. Zahlung hat bis zum 10. Dezember zu erfolgen. **Besondere Beitragszettel werden nicht zugestellt**; der letzte Zettel ist bei der Zahlung mit vorzulegen.

Stadtsteueramt Aue.

Schwarzenberg. Zuschläge zur Grundmiete. Die gesetzliche Miete berechnet sich für den Monat Dezember 1923 endgültig wie folgt:

1. Grundmiete		1 Grundmiete
2. Zuschlag für den Zinsendienst		2 "
3. Betriebskostenzuschlag (2.85 % der Goldgrundmiete)	28 500 000 000	"
4. Verwaltungskostenzuschlag (0.15 Mk. der Goldgrundmiete)	1 500 000 000	"
5. laufende Instandsetzungsarbeiten (3 % der Goldgrundmiete)	30 000 000 000	"
6. große Instandsetzungsarbeiten (1 % der Goldgrundmiete)	10 000 000 000	"
insgesamt jährlich	70 000 000 003	Grundmieten
= abgerundet jährlich	70 000 000 000	Grundmieten.

Die Aufwertung der Zuschläge unter 3—5 ist nach dem amtlichen Goldmarkmittelkurs vom 24. November 1923 (1 Goldmark = 1 Billion Papiermark) erfolgt. Die Hausmannsarbeiten werden den Hausbesitzern mit dem Stundenlohn eines ungelernten männlichen Arbeiters pro Woche vergütet. Hat der Mieter in seiner Wohnung Untermieter aufgenommen, so ist der Mietzins, den der Untermieter für den leeren Raum im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtmiete einschließlich Zuschläge zahlt, festzustellen. Der Mieter hat 15 % von diesem Mietzins bei Fälligkeit der Miete neben dieser an den Vermieter abzuführen. Die Beträge für Hausmannsarbeiten sind nur dann zu zahlen, wenn die regelmäßige Reinigung des Bürgersteiges und des Hofes vom Vermieter vorgenommen wird und dadurch ein Aufwand für Geräteschaften entsteht.

Schwarzenberg, am 27. November 1923. Der Rat der Stadt.
Schiedsstelle für Hauserhaltung.

Untermiete betr. Für die Zahlung der Untermiete für den Monat Dezember 1923 werden folgende Sätze als Richtlinien festgesetzt: Es werden auf den Friedensmietwert des leeren untervermieteten Raumes folgende Zuschläge hinzugeschlagen:

15 % Zuschlagsleistung an den Hausbesitzer,
285 % Zuschlag für Abnutzung der Möbel,
500 % Zuschlag für Benutzung der Wäsche,
600 % Zuschlag für Bedienung.

1.400 % insgesamt.

Diese Grundzahl (Mietwert des leeren untervermieteten Raumes und 1.400 %) ist mit den für Schwarzenberg im Monat Dezember geltenden Reichsmietenzuschlägen (70milliardenfache) zu vervielfachen. Diese Richtlinien haben nur Gültigkeit, wenn die Mieten im voraus gezahlt werden, andernfalls bei nachträglicher Zahlung als Multiplikator die für den nächsten Monat geltenden Zuschläge anzunehmen wären. Sie finden keine Anwendung auf Schlafstellen.

Schwarzenberg, am 27. November 1923. Der Rat der Stadt.
Schiedsstelle für Hauserhaltung.

Wärmestube. Wir haben im **städtischen Kinderheim** eine **Wärmestube** eingerichtet, die alten bedürftigen Einwohnern zur Benutzung

Wochentags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends und
Sonn- und Feiertags von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr abends

gegen Vorzeigung einer vom städtischen Wohlfahrtsamt ausgestellten Wochenkarte zur Benutzung offen steht.

Schwarzenberg, 26. Nov. 1923. **Der Rat der Stadt. Wohlfahrtsamt.**

Holzlesescheine betr. Da die alten Holzlesescheine ihre Gültigkeit verloren haben, werden alle diejenigen Personen, welche im Besitze eines Holzlesescheines sind, aufgefordert, die alten Scheine im Stadthaus I — Ortskohlenstelle — sowie in den Verwaltungsstellen Neuwelt, Sachsenfeld und Wildenau bis **Montag, den 3. Dezember 1923** abzugeben. Wer einen neuen Schein wünscht, hat dies bei der Abgabe sofort zu melden. Diejenigen Personen, welche bis 3. Dezember 1923 sich nicht gemeldet haben, gehen des Anspruchs für einen neuen Schein verlustig. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß bei der Vorlegung nur ganz bedürftige Personen berücksichtigt werden.

Schwarzenberg, 28. Nov. 1923. **Der Rat der Stadt. Ortskohlenstelle.**

Die „kommunistischen Kinder".

Im Reichstag toben die Kommunisten, weil sich im Moment großer politischer Erregung der Präsident des Hauses, der Sozialdemokrat Löbe, erdreistet hat, das Parlament durch Sicherheitspolizei vor Eingriffen von außen zu schützen. Am Tage vorher hatten dieselben kommunistischen Abgeordneten mit dem preuß. Staatskommissar für öffentl. Ordnung, Weißmann, und dem Dirigenten der politischen Polizei, Weiß, und anderen Vertretern der Polizei einträchtiglich an einem Tische gesessen. Nicht etwa, um zu beraten, wie man dem Zerfall aller Ordnung in Deutschland entgegentreten könne, sondern um bei auserlesenen Speisen und Weinen als Gäste der Sowjetrepublik ein frohes Fest zu feiern.

Ein paar Tage darauf findet in den Prachträumen der sowjetrussischen Botschaft in Berlin wieder ein Fest statt, ein „Bierabend", zu dem der Botschafter Krestinsky eingeladen hatte. Vertreter der Reichsregierung nehmen daran teil. Zur selben Stunde fließt Blut in den Straßen der Reichshauptstadt. Auf Befehl Moskaus halten Erwerbslose Generalprobe für den gewaltsamen Umsturz. Frau Rosi Wolfstein, deren Verbindungen mit der Sowjetgesandtschaft zweifellos sind, führt. Sie stammt aus dem Osten und ist, was nicht auffällt, kommunistische Abgeordnete des preußischen Landtags. Am nächsten Tage legt der preußische Ministerpräsident Severing, der bekanntlich vor nicht langer Zeit das Wort von den „kommunistischen Kindern" prägte, ein Maschinengewehr, Gewehre, Handgranaten, Pistolen und eine — Armbrust auf den Tisch des preußischen Abgeordnetenhauses nieder, alles Zeichen der Harmlosigkeit seiner Kinder, und muß mitteilen, daß wohlausgestattete kommunistische Waffenlager in Berlin aufgedeckt worden seien, und daß kommunistisches Rüstzeug nicht nur in Berlin seiner Verwendung harre. Woher die Waffen stammen? Herr Krestinsky wird Aufschluß geben können.

Im sächsischen Landtage beschweren sich die Kommunisten über die Reichswehr, wobei ihnen ein Teil der sozialistischen Abgeordneten ihre Hilfe leiht. Wir sind durchaus nicht einverstanden mit dem hier und da allzuscharfen Vorgehen der Reichswehr in Sachsen, unter dem auch Unschuldige zu leiden hatten, meinen aber, daß diejenigen kein Recht zur Klage haben, unter deren Verantwortung — man denke an die Chemnitzer Unruhen vor nicht allzulanger Zeit — Reichswehrangehörige zertrampelt worden sind. Und das eine steht fest, die kommunistische Zeigner-Regierung, welche mit Hilfe der Reichswehr durch die Reichsregierung der großen Koalition beseitigt wurde, hätte keinen Finger gerührt, um die Ordnung in Sachsen wiederherzustellen. Sie stand unter dem Zwange Moskaus, welches also — wie der Sozialist Severing feststellte — überall Waffenlager in Deutschland unterhält. Das sagt eigentlich genug, und die kommunistischen Redner hätten sich die Schimpfkanonaden ersparen können, die sie auf diejenigen Abgeordneten niederprasseln ließen, welche nichts anderes verbrachen, als den Gefolgsleuten der Sowjetrepublik die Wahrheit zu sagen.

Die Ablenkungsversuche der öffentlichen Aufmerksamkeit von dem Zeigner-Panama sind verständlich. Denn der famose ehemalige Ministerpräsident, dessen Freunde und Kreaturen immer noch in den sächsischen Minister- und Beamtenstellen sitzen, hängt den Kommunisten und ihrem sozialistischen Anhang fest an den Rockschößen. Im übrigen haben gerade diese Herren keine Veranlassung, sich, was sie so gern tun, über Bayern aufzuregen. Dem den „kommunistischen Kindern" nahestehenden Abg. Arzt, der sich vom Katheder in eine besser bezahlte Stellung hinaufkrakelt hat, und der im Rechtsausschuß des Landtages bei der Besprechung über die Maßnahmen des Wehrkreiskommandeurs erklärte, er möchte lieber unter französischen Bajonetten leben als unter deutschen, sei bedeutet, daß ihm wohl keine Träne nachgeweint würde, wenn er sich baldigst unter den Schutz der Himmelblauen Poincares begibt, des Freundes seines Freundes Zeigner.

• • •

Moskauer Aufstandsbefehl. — Kommunistische Waffenlager.

Berlin, 28. Nov. Im preußischen Landtag verlas Präsident Leinert ein Schreiben der kommunistischen Fraktion, in welchem gegen die Verhaftung der Abgeordneten Frau Rosi Wolfstein protestiert wird. Der Minister des Innern, Severing, erklärte, nach den polizeilichen Angaben sei Frau Wolfstein bei Begehung einer strafbaren Handlung verhaftet worden, ihre Immunität sei also nicht verletzt. Die strafbare Handlung bestand in der Beteiligung an einer von Moskau befohlenen kommunistischen Veranstaltung. Als Beweis hierfür verliest der Minister einen aufgefangenen Brief der Moskauer Exekutive, worin befohlen wird, daß die Kommunisten beim Zusammentritt des Reichstages durch Lärmszenen ihre gewaltsame Entfernung aus dem Saal provozieren sollen. Anschließend daran müßte der bewaffnete Aufstand proklamiert werden.

Der Minister läßt eine Reihe von Waffen, darunter schwere Maschinengewehre und Karabiner im Saale vorzeigen, die von den Abgeordneten umlagert werden und erklärt dazu, seit dem 15. November seien 4000 Mauserpistolen, 500 Karabiner, 2 Dutzend schwere Maschinengewehre und viele andere kommunistische Waffen gefunden worden. Weitere Waffenlager seien ermittelt.

Rußland mobilisiert?

Königsberg, 28. Nov. Der „Revaler Bote" meldet, der Militärbefehlshaber des Bezirks Petersburg habe die Zwangsaushebung aller Männer von 25 bis 34 Jahren angeordnet. Die gleiche Maßnahme wird aus Nishni-Nowgorod gemeldet. Gegen wen sich die militärische Bereitschaft richtet, ist nicht zu ermitteln.

Des Hochverräters Ende.

Köln, 28. Nov. Wie die „Köln. Volkszeitung" von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Hektor Cruz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Der Versuch mit Stegerwald.

Berlin, 28. Nov. Wie wir hören, hat im Laufe des Mittwochvormittag der Reichspräsident Hrn. Stegerwald, den früheren preußischen Ministerpräsidenten, mit der Aufgabe betraut, auf der Grundlage der am Dienstag getroffenen Abmachungen ein Kabinett des Bürgerblocks zu bilden. Was die Frage der Teilnahme Dr. Stresemanns an dem Kabinett anlangt, so ist eine Entscheidung hierüber noch nicht gefallen; doch besteht die Möglichkeit, daß unter bestimmten Voraussetzungen Dr. Stresemann sich bereit erklärt, als Außenminister in das Kabinett einzutreten.

Gewitzigt durch die Erfahrungen der vergangenen Tage, die bekanntlich für die verschiedenen neuen Reichskanzlerkandidaten ergebnislos verliefen, hat sich der Reichspräsident anscheinend dazu entschlossen, mit der offiziellen Beauftragung vorsichtig zu sein. Infolgedessen sind die Verabredungen zwischen dem Reichspräsidenten und Herrn Stegerwald zunächst nur soweit gediehen, daß Herr Ebert Stegerwald zunächst veranlaßt hat, die Neubildung des Kabinetts auf dem Boden von Verhandlungen mit den einzelnen Parteien in die Wege zu leiten, ihn aber noch nicht ausdrücklich mit der Neubildung „beauftragt" hat. Nachdem Stegerwald zum zweiten Male vom Reichspräsidenten empfangen worden war, begab er sich in den Reichstag, wo er im Laufe des Mittwochnachmittag die Verhandlungen mit den Parteien aufgenommen hat, die darauf hinzielen, außer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte auch die Demokraten und die Deutschnationalen zur Mitarbeit heranzuziehen.

•

Adam Stegerwald ist im Jahre 1874 in der Nähe Würzburgs geboren. Nachdem er die Volksschule besucht hatte, wurde er Tischlerlehrling. Nach Absolvierung der gewerblichen Fortbildungsschule in Stuttgart und München studierte er als Privathörer Nationalökonomie an der Münchener Universität und später an der Handelshochschule in Köln. An der Organisation und dem Ausbau der christlichen Gewerkschaftsbewegung nahm er regen Anteil und wurde schließlich Vorsitzender des Gesamtverbandes aller christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1917 wurde er auf Lebenszeit in das preußische Herrenhaus berufen und zog als erster Arbeitervertreter in die Erste Kammer Preußens ein. Im März 1919 wurde er preußischer Minister für Volkswohlfahrt und im April 1921 preußischer Ministerpräsident.

• •

Berlin, 28. November. Am späten Abend des Mittwoch hat sich plötzlich wieder eine überraschende Wendung bei dem Versuche zur Kabinettsbildung ergeben. Die Demokraten wollen, daß es in Preußen bei der Großen Koalition verbleibt. Zentrum und Deutsche Volkspartei im preußischen Landtag werden schwankend. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat ihre Landtagsfraktion deshalb heute aufgefordert, morgen offiziell im Landtage die Parteien vor die Entscheidung zu stellen, ob sie die Große Koalition beibehalten wollen oder nicht. Im ersten Falle scheidet die Deutschnationale Partei aus jeder Kombination aus, und damit wäre auch der Versuch eines Kabinetts Stegerwald gescheitert.